



„Visionen braucht das Land“

Beschluß

**26. Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg
am 22./23. Juli 1995
Karlsruhe-Neureut**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Jungen Union,

vor Euch liegt der beschlossene Leitantrag zu unserem ordentlichen 26. Landestag 1995 in Karlsruhe. Er ist das Ergebnis einer fundierten Diskussion, die unter dem zentralen Motto „Visionen braucht das Land“ stand.

Die Form des Leitantrages ebenso wie der Inhalt fallen etwas aus dem Rahmen bisheriger Antragspapiere. Ich möchte Euch deshalb kurz unsere Intentionen erläutern:
Zum einen stören wir uns seit langem an den visionslosen und kleinkarrierten tagespolitischen Diskussionen, welche die politische Landschaft in Baden-Württemberg leider allzuoft bestimmen. Wenige löbliche Ausnahmen wie z.B. das Projekt „Stuttgart 21“ verändern dieses Bild nur unmerklich.

Zum anderen braucht dieses Land unseres Erachtens mehr denn je wieder Ziele und Visionen, um die strukturelle Krise zu überwinden und eine Aufbruchstimmung und Begeisterung für die Landespolitik zu entfachen. Mit einem „weiter so“ werden insbesondere junge Menschen nicht mehr zu erreichen sein. Dazu braucht es greifbare Zukunftsentwürfe. Nur wer eine erfolgsversprechende Zukunftsperspektive für unser Land vorweisen kann, wird in den kommenden Jahren auch den Auftrag der Wählerinnen und Wähler erhalten.

Dieses Papier unternimmt deswegen den Versuch, auf fünf Themenfeldern - Gesellschaft, Arbeitswelt, Europa, Politisches System und Verkehr - Visionen für Baden-Württemberg zu entwerfen. Die Abschnitte gliedern sich jeweils in eine Visionsskizze, die Definition einer politischen Leitlinie und den daraus resultierenden politischen Strategien zur konkreten Verwirklichung der Visionen.

Der zeitliche Rahmen für das Zukunftsszenario ist sehr weit bis ins Jahr 2020 gespannt. 25 Jahre zukünftiger Politik, in denen sich viel verändern wird, ja verändern muß. Viele Ansätze mögen auf den ersten Blick unrealistisch oder gar absurd anmuten, doch dies genau ist beabsichtigt. Das Papier soll den üblichen Rahmen tagespolitischer Denkmuster sprengen. Es soll beweisen, daß wir nicht zur Kaste verkrusteter, rückwärtsgewandter Besitzständler gehören, sondern, daß die JU in der Lage ist, kreativ und offen den Blick nach vorne zu werfen. Es galt und gilt für uns das Motto des großen deutschen Soziologen Max Weber:

**„Daß man das Mögliche nicht erreichte,
wenn nicht immer wieder in der Welt
nach dem Unmöglichen gegriffen
worden wäre.“**

Viel Spaß beim Lesen und Weiterdenken wünscht Euch,
Euer

Dirk Notheis

P.S.: Last but not least möchte ich all jenen ganz herzlich danken, die an der Erstellung des Papiers sowie der Moderation der Foren auf unserem Landestag mitgewirkt haben. Mein Dank gilt: Marion Imhof, Martin Herkommer, Frank Schaer, Harald Hölder, Steffen Wurm, Christina Metke und Kerstin Burgdorf. Es waren fruchtbare Diskussionen, die uns allen viel Spaß gemacht haben.

„Visionen braucht das Land“

1. Gesellschaft der Zukunft 2020

- 1.1 Demographische Situation in Baden-Württemberg im Jahr 2020
- 1.2 Politische Leitlinie
- 1.3 Politische Strategien

2. Arbeitswelt der Zukunft 2020

- 2.1 Neue Prinzipien einer veränderten Arbeitswelt
- 2.2 Neue Strukturelemente einer veränderten Arbeitswelt
- 2.3 Politische Leitlinie
- 2.4 Politische Strategien

3. Verkehr der Zukunft 2020

- 3.1 Verkehrslandschaft Baden-Württemberg im Jahr 2020
- 3.2 Politische Leitlinie
- 3.3 Politische Strategien

4. Europa der Zukunft 2020

- 4.1 Baden-Württemberg im Herzen eines subsidiären Europas
- 4.2 Politische Leitlinie
- 4.3 Politische Strategien

5. Politik der Zukunft in Partei und Gesellschaft 2020

- 5.1 Baden-Württemberg in einer veränderten demokratischen Welt
- 5.2 Politische Leitlinie
- 5.3 Politische Strategien

1. Gesellschaft der Zukunft

1.1 Demographische Situation in Baden-Württemberg des Jahres 2020

Die Bevölkerungszahl Baden-Württembergs beträgt 1995 insgesamt ca. 10.441.500 Einwohner (achte koordinierte Bevölkerungsrechnung des Statistischen Landesamtes). Bis zum Jahr 2008 ist mit einem Anstieg der Gesamtbevölkerungszahl auf 10.885.700 Einwohner zu rechnen. Danach wird allmählich ein Bevölkerungsrückgang einsetzen, so daß im Jahr 2020 voraussichtlich 10.697.100 Menschen in Baden-Württemberg leben werden. In der Folge wird die Bevölkerung wieder stärker sinken, bis zum Jahr 2050 um etwa 970.000 Einwohner.

Eine vergleichbare Entwicklung vollzieht sich in allen Industrieländern. Gegenläufig ist dafür die für die übrige Welt erwartete Bevölkerungsexplosion. Wanderungsdruck und Konflikte um die Verteilung begrenzter Ressourcen werden dann den „Nord-Süd-“ bzw. den „Industrie-Schwellenländer-3.Welt-Konflikt“ verschärfen.

Die Geburtenzahlen erleben einen raschen Rückgang bei einem gleichzeitigen Anstieg der Lebenserwartung (für die im Jahr 2000 Geborenen wird eine um 2 Jahre höhere Lebenserwartung als heute prognostiziert). Das führt zu einem fortschreitenden Alterungsprozeß unserer Gesellschaft: 2040 wird die Hälfte der Bevölkerung Baden-Württembergs älter als 50 Jahre sein. Zum Vergleich: Die Bevölkerung der Türkei hatte 1990 ein Durchschnittsalter von 22,5 Jahren, die Baden-Württembergs von über 30 Jahren (1993: 36 Jahre). Innerhalb der Gruppe älterer Menschen wird die Zahl der über 85-jährigen überproportional ansteigen, auch der Anteil pflegebedürftiger Menschen.

Nicht nur die sich wandelnde Altersstruktur verändert unser Zusammenleben, sondern auch geänderte Wertmaßstäbe prägen das Bild Baden-Württembergs. In allen Bereichen zerfallen traditionelle Formen des Zusammenlebens, so leben bereits jetzt in den Großstädten 50% der Menschen in Single-Haushalten. Diese Tendenz schreitet weiter fort. Die Individualisierung zeigt sich auch in einem Rückgang des ehrenamtlichen Engagements und einer hohen Zahl von Austritten aus den christlichen Kirchen. Egoismus, Anspruchsdenken und Konsumzwang sind auf dem Vormarsch.

Was zukünftige Wanderungszahlen angeht, birgt eine Vorausberechnung Probleme, da kurzfristig einflußnehmende Ereignisse wie Krieg und Hungersnot nicht vorhersehbar sind. Dennoch sind für die kommenden Jahre zunächst rückläufige, dann stagnierende Wanderungsüberschüsse für Baden-Württemberg zu erwarten (für 1995 liegen die Zahlen zwischen 78.900 und 81.600, für das Jahr 2020 können Zahlen zwischen 12.800 und 38.500 erwartet werden).

Auch ohne weitere Zuwanderung wird die Zahl der in Baden-Württemberg lebenden ausländischen Staatsangehörigen, die sich immer stärker als eine tragende Säule unseres Sozialsystems erweisen, zunehmen. Grund dafür sind Familiengründungen und die im Durchschnitt höhere Kinderzahl bei Ausländern. Dabei ist die Gruppe der Ausländer keineswegs homogen. Zum einen sind verschiedene Staatsangehörigkeiten vertreten, zum anderen leben viele Ausländer bereits in der 2. bis 4. Generation in Deutschland.

1.2 Politische Leitlinie

In Baden-Württemberg ist die Toleranz zwischen den Generationen sowie die Toleranz gegenüber den Eigenheiten des Anderen das Grundprinzip des Zusammenlebens in unseren Städten und Gemeinden. Das gilt sowohl für das Zusammenleben der Generationen, als auch für das Miteinander mit EU-Inländern und ausländischen Mitbürgern. So kann beispielsweise ein Franzose Kandidat der CDU werden.

1.3 Politische Strategie

1. Zur Aufrechterhaltung politischer Handlungsfähigkeit müssen Staat und Politik auch finanziell handlungsfähig bleiben. Die gegenwärtig handelnden Politiker aller Parteien müssen erkennen, daß jede heute mit Kredit finanzierte Investition mit einer Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen erkaufte wird. Deshalb ist die Nettoneuverschuldung mit einem ersten Schritt auf Null abzusenken. In einem zweiten Schritt muß der Schuldenberg von derzeit ca. 1.500.000.000.000,- DM abgebaut werden. Durch eine Ergänzung des Grundgesetzes ist das Erfordernis eines ausgeglichenen Haushalts auf allen Ebenen festzuschreiben. Öffentliche Verschuldung bleibt nur zur kurzfristigen Unterstützung aktiver Konjunkturpolitik zulässig, die Tilgung aufgenommener Kredite innerhalb von zehn Jahren muß im entsprechenden Haushaltsgesetz verbindlich festgelegt werden.
Die Haushalte aller Ebenen sind zur Erreichung eines strukturellen Ausgleichs umzugestalten. Die herkömmlichen Sozialsysteme sind vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kritisch zu überprüfen und zu reformieren. Durch eine Reform des Berufsbeamtentums soll ein weiteres Anwachsen der Pensionsverpflichtungen verhindert werden.
2. Durch eine familienfreundliche Politik (von kommunalen Bauprojekten und der Sicherstellung verschiedener Möglichkeiten der Kinderbetreuung bis zur Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen) muß jungen Familien die Entscheidung, Kinder zu bekommen und zu erziehen, erleichtert werden. Die im Papier „Ist die Familie noch zu retten?“ zum außerordentlichen Landestag der JU am 6. Mai 1995 beschlossenen Schritte sind mit Nachdruck umzusetzen.
3. Die Junge Union spricht sich gegen einen unbeschränkten Zuzug von ausländischen Arbeitskräften aus außereuropäischen Ländern aus. Eine begrenzte Zuwanderung wird sich durch Binnenbewegung innerhalb der Europäischen Union ergeben. Daneben ist durch ein Zuwanderungsgesetz festzulegen, ob und wievielen Menschen mit welchem Anforderungsprofil wir die Möglichkeit geben wollen, in Deutschland zu leben und zu arbeiten.
4. Die wirtschaftliche Kluft zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern muß verringert werden.
Um in diesen Ländern eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, ist die Bereitstellung finanzieller und materieller Hilfen sowie des Know-hows erforderlich, wobei vor allem ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen. Um dies global sinnvoll koordinieren zu können, muß der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) sowie der Weltsicherheitsrat ständig tagen. Er muß die Entwicklungshilfe weltweit koordinieren. Dazu sind die Bundes- und Landesmittel für Entwicklungshilfe auf 1% des jeweiligen Bruttosozialproduktes anzuheben. Fördermittel müssen projektbezogen und effektiv eingesetzt werden. Baden-Württemberg sollte sich ebenso wie andere europäische Regionen Partnerregionen in der Dritten Welt suchen und zu Modellregionen ausbauen.
5. Die Lebenserfahrung der älteren Generation muß in Gesellschaft und Politik einfließen. Es sind Anreize und institutionelle Voraussetzungen zu schaffen, um ältere Menschen für den Dienst an der Gesellschaft zu aktivieren.
6. Um die Entwicklung zur Individualisierung und zum Egoismus zu begegnen, muß die Selbstorganisation (Jugendgemeinderäte, Vereinsinitiativen...) unterstützt werden.
7. Um die Zunahme pflegebedürftiger Menschen abzuschwächen, muß die Prävention zur zentralen Leitlinie im Gesundheitswesen werden. Wer entsprechende Vorsorgemaßnahmen ergreift, zahlt geringere Beiträge zur Krankenversicherung.
„Volkskrankheiten“ ist durch verstärkte Vorsorge entgegenzuwirken. Wir müssen auf Gesundheitsprogramme von sportlichen Aktivitäten bis zum „Gehirnjogging“ setzen, wobei

gerade Programme „Von Alten für Alte“ zu unterstützen sind. Ziel muß es sein, die Menschen möglichst lange gesund und eigenständig zu erhalten.

Der Altersheilkunde ist in Forschung und Praxis größeres Gewicht zu geben.

8. Wir fordern die baden-württembergische Landesregierung auf, sich der Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern anzuschließen. Die Kooperation zwischen Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen muß zur innovativen „Südschiene“ ausgebaut werden.
9. Gerade in Ballungszentren leben immer mehr Menschen in Single-Haushalten, so daß Wohnraum dort knapp und überteuert ist. Alleinerziehende und kinderreiche Familien können nur schwer finanzierbare Wohnungen in der Nähe ihrer Arbeitsplätze finden. Um Abhilfe zu schaffen, muß eine steuerliche Besserstellung kinderreicher Familien und Alleinerziehender erfolgen. Für sie muß die Möglichkeit, selbst Wohnraum zu schaffen, z.B. durch die Gewährung von zinsgünstigen Familiendarlehen, erleichtert werden.
10. Das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach in neuen Wohnanlagen ist zu fördern. Hier ergeben sich Kontaktmöglichkeiten zwischen den Generationen, die innerhalb vieler Familien nicht mehr gegeben sind.
11. Beim Bau von Altenwohnanlagen ist betreutes Wohnen, bei dem eine weitest mögliche Eigenständigkeit mit der schnellen Erreichbarkeit von ärztlicher und sonstiger Hilfe vereint ist, vorzugswürdig.
12. Probleme beim Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten entstehen vor allem, wenn einzelne Gruppen in bestimmten Stadtteilen abgegrenzt leben. Besondere Beachtung müssen hier Konversationsstandorte finden, wo ausreichend günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Vor allem ist darauf zu achten, daß Integration möglich ist, sonst kann es zu einer Entfriedung des Gemeinwesens kommen. Integrationsfördernd sind vor allem Sprachprogramme, soziale Anbindung und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Dabei sind Schulen, Kirchen und Vereine im besonderen Maße gefordert. Doch auch die politischen Parteien sollten sich hier ihrer sozialen Bindegliedsfunktion bewußt werden.
13. Wir fordern die CDU und vor allem die JU auf allen Ebenen auf, stärker als bisher aktiv um Mitglieder zu werben, die aus anderen EU-Staaten stammen.
14. Die CDU Baden-Württemberg wird aufgefordert, einen außerordentlichen Landesparteitag unter das Thema der demographischen Entwicklung bzw. der Zukunft unserer Gesellschaft zu stellen.

2. Facetten der Arbeitswelt der Zukunft 2020

Die Arbeitswelt erlebt eine Revolution. Die Computerisierung stellt die Ergebnisse der Industrialisierung im Gefolge der Erfindung der Dampfmaschine in den Schatten.

Die Telekommunikation erweist sich als treibende Kraft eines grundlegenden Struktur-, Werte- und Sozialverhaltenwandels der Arbeitenden.

2.1 Neue Prinzipien einer veränderten Arbeitswelt

- Ökologie

Das gesteigerte Bewußtsein für umweltfreundliches Verhalten bei den Individuen erzeugt einen Investitionsschub im Bereich der Ökotechnik.

Dieser Investitionsschub kommt der nachhaltigen Sensibilisierung der in der Ökotechnik Beschäftigten für Umweltfragen, der Entwicklung umweltfreundlicher Produktionsweisen und der Schaffung neuer Wachstumsbranchen zugute.

Auch der ökonomische Nutzen ist jedermann einsichtig geworden: Die Rentabilität von Investitionen in regenerative Energieformen ist gestiegen. Die regenerativen Energien beherrschen die Energieversorgung.

- Partizipation

Durch die weltweiten Vernetzungen ergeben sich Möglichkeiten der Teilhabe am politischen, kulturellen und ökonomischen Leben.

Wir haben eine neue Dimension der innerbetrieblichen Mitbestimmung geschaffen. Modelle der Gewinnbeteiligung u.a. der Investivlohn wurden umgesetzt.

2.2 Neue Strukturelemente einer veränderten Arbeitswelt

Damit nicht weitere Produktionsstandorte von der Bundesrepublik aus in Niedriglohnländer verlagert werden, wird die Produktivität aufgrund vorteilhafter Standortfaktoren in einem größerem Tempo gesteigert.

Die wichtigsten Elemente des Strukturwandels definieren sich nicht mehr - wie früher - durch die Tatsache, daß sich Arbeit und damit auch ihre Bedeutung auf andere Branchen verlagert hat, sondern jetzt hauptsächlich dadurch, daß Arbeit anders verrichtet wird als früher.

Dienstleistungen werden mittels technischer Geräte wie PC, Laptop, Modem, Fax und Telefon erbracht.

Da in weiten Bereichen der persönliche Kontakt zwischen Dienstleister und Konsument entfällt, besteht ein großer Bedarf an menschlicher Kommunikation im sozialem Nahbereich (Familie, Freizeit, Wohnort). Der Arbeitsplatz in seiner sozialen Bedeutung ist gefährdet. Teile der Wertschöpfungskette können aus dem Unternehmen ausgelagert werden zu vielen dezentralen Subunternehmen, die von zu Hause aus über die Datenautobahn und über Bildleitungen mit den Unternehmenszentralen verbunden sind. Dies hat auch eine Veränderung bei Größe und Zuschnitt von Wohnungen zur Folge.

Physische Mobilität ist angesichts der technischen Möglichkeiten im Bereich der Datenübertragung keine große Notwendigkeit mehr. Der Standort eines Unternehmens wird bei der Organisation und Verwaltung immer unwichtiger, für die Produktion dafür umso bedeutender. Dienstleistungen und Produkte können von jedem beliebigen Ort über weltweite Computernetze angeboten und nachgefragt werden. Geschäftsreisen können ganz oder teilweise vermieden werden (Video-online-Konferenzen).

Den Gestaltungsinstrumenten Verkehrsplan, Stadtplanung, Flächennutzungsplanung erwachsen daraus völlig neue Freiheiten/Spielräume.

Die gängigen Berufsbilder „Datenerfasser“ und „Systemprogrammierer“ werden ergänzt durch Telependler, PC-Pendler, Teleheimarbeitsformen. Bei allen Unternehmen und der öffentlichen Hand sind Ökoaudit und Ökologische Buchführung europaweit standardmäßig eingeführt. Von Baden-Württemberg ausgehend hat sich mit dem Öko-Auditor ein neuer Berufsstand entwickelt, der sozusagen als ökologischer Wirtschaftsprüfer freiberuflich Ökobilanzen erstellt und attestiert.

Infolge der Möglichkeit für die Arbeitenden, ihre Arbeitszeitstruktur weitgehend selbst zu bestimmen, ist die Diskussion um Wochenarbeitszeit und ihre anhaltende Verkürzung obsolet geworden. Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen nach wie vor Freude, Sinnerfüllung und Lebensmittelpunkt. Die freie Gestaltung der Wochenarbeitszeit durch Teleheimarbeitende beispielsweise macht es möglich, daß der einzelne gemäß den Erfordernissen des Arbeitsablaufs selbst die Arbeitszeit bestimmt und bestimmt, wieviel Zeit auf Weiterbildung und Freizeit verwendet wird.

Bezüglich der Lebensarbeitszeit wird das Lebensmodell Lernen, Arbeiten, Ruhestand grundlegend revidiert.

Der Eintritt ins Rentenalter ist nicht mehr zwingend mit dem Erreichen eines bestimmten Lebensalters verbunden. Berufstätige können selbst entscheiden, ob sie sich mit 60, 68 oder auch erst mit 70 oder 75 Jahren zur Ruhe setzen möchten.

Auf der Grundlage erfolgreich praktizierter flexibler Arbeitszeitmodelle ist es nunmehr möglich, die Phase der Erwerbsarbeit durchaus auch für mehrere Jahre zu unterbrechen, um Studien- oder sonstige Phasen einzuschieben. Entsprechend werden innerbetriebliche Fortbildungsprogramme perfektioniert.

Diese Flexibilität ermöglicht nun die Spielräume für eine neue Partnerschaft zwischen Männern und Frauen.

Das Wirtschaftsmodell „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ hat überlebt. Wettbewerb und Erfolg sind immer noch die Triebkraft menschlichen Wirtschaftens. Dennoch haben sich durch die weitergehende Kommerzialisierung des kulturellen Bereichs die sozio-ökonomischen Strukturen verändert. Wachstum heißt inzwischen nicht mehr Steigerung des Wohlstands, sondern vor allem Steigerung der Lebensqualität.

Die Revolutionierung der Arbeitswelt bringt den abhängig Beschäftigten zwar ein Mehr an Partizipation, deswegen jedoch nicht unbedingt eine Auflösung betriebsinterner Hierarchien. Die Schwierigkeit besteht für den einzelnen darin, daß die persönliche Begegnung sowohl im Kontakt mit Vorgesetzten als auch im Verhältnis zwischen Dienstleister und Kunde weitgehend entfällt. Dadurch wächst die Gefahr der individuellen Isolation durch den Mangel an verbaler Kommunikation. Im übrigen erscheinen als negative Begleiterscheinungen der modernen Arbeitswelt die Infragestellung jahrhundertealter Kulturgüter sowie die Individualisierung und Vereinzelung des Gesellschaftswesens Mensch.

2.3 Politische Leitlinie

Die Politik muß ein klares Zeichen gegen die Individualisierung und Vereinzelung des Menschen setzen. Eine Gesellschaft ohne soziale Kontakte kann weder wirtschaftlich noch menschlich überleben.

Gemeinschaftsinitiativen müssen deshalb gefördert und gepflegt werden. Daneben können auch moderne Medien einen Beitrag zu mehr bzw. anderer Kommunikation bieten.

Alle Bundes- und Landesministerien sollen zu diesem Zweck in direkten Dialog mit den Bürgern treten. Hierfür bieten die Ministerien ihre Informationen in den weltweiten Netzen Compuserve und Internet, sowie im nationalen Datex-J an.

Baden-Württemberg übernimmt in dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle.

In einer Informationsoffensive werden den Menschen Chancen und Risiken der „Informations- und Freizeitgesellschaft“ für jedermann verständlich aufgezeigt.

2.4 Politische Strategien

1. Deregulierung des Telekommunikationsmarktes. Bei der Deregulierung muß gewährleistet werden, daß mittelständischen Betrieben die Möglichkeit gewährt wird, in diesem neuen Markt mit innovativen Produkten aufzutreten. Desweiteren muß verhindert werden, daß der nun deregulierte Markt von einigen wenigen Stromkonzernen sowie kommunaler Versorgungsbetriebe beherrscht wird und es so zu einem Oligopol wie z. B. Tankstellen kommt.
2. Schaffung einer Fachabteilung für Kommunikation aus entsprechenden Abteilungen und Referaten des Staatsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Wissenschafts- und Forschungsministeriums und des Kultusministeriums, das zum einen in einem umfassenden Sinne die Kommunikation der Landesregierung und -verwaltung beinhaltet, zum anderen - neben der „klassischen“ Medien-, d.h. vor allem Rundfunkpolitik des Landes der ökonomischen Bedeutung der Ressource „Information“ und der daraus erwachsenden Anforderungen an Bildung und Wissenschaft Rechnung trägt.
3. Förderung von Multi-Media-Anwendungen durch schnelle und massive Nachfrage durch die öffentliche Hand und entsprechender unternehmerischer Innovationen.
4. Einführung der fächerübergreifenden Medienkunde ab der Grundschule, um den Schülern Kenntnisse vom Wesen elektronischer Medien und ihrer intelligenten und verantwortungsbewußten Anwendung zu vermitteln.
5. Forcierung des Arbeitens mit vernetzter elektronischer Kommunikation in der wissenschaftlichen und beruflichen Ausbildung.
6. Beratungsagenturen „BW-online“ für Privatpersonen und berufliche Anwendungen neuer Technologien mit Behörden, Kammern, Hochschulen und kommerziellen Anbietern.
7. Weiter Förderung des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM), um neben kommerziellen und Unterhaltungsfunktionen auch den künstlerischen, avantgardistischen Umgang mit neuen Medien zum baden-württembergischen Markenzeichen zu machen.
8. Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Schaffung des SWDR als Südwest-Sender mit Landesprogramm Baden-Württemberg und Sitz in Baden-Baden; Möglichkeit der kommerziellen Kooperation mit Privaten beim Einsatz elektronischer Publikation.
9. Klärung rundfunkrechtlicher und datenschutzrechtlicher Voraussetzungen für den breitflächigen Einsatz neuer Kommunikationstechnologien.
10. Förderung und Entwicklung des Berufsstandes des Öko-Auditors durch Gründung einer ersten Akademie zur Ausbildung von Auditoren, angegliedert an eine Hochschule in Baden-Württemberg.

11. Ausbau Baden-Württembergs zur Hochburg der Biotechnologie. Entsprechende Gesetzesinitiativen müssen den Spielraum für Forschung, Anwendung und Produktion von Biotechnologie bzw. gen- und biotechnologischen Produkten in der Bundesrepublik vergrößern.
12. Konzentration von Fördermitteln auf neue Technologien und damit einhergehend die Absetzung der Subventionen für veraltete Industrien wie Bergbau, Schwerindustrie und Schiffbau.
13. Über die Möglichkeiten der außerbetrieblichen Arbeitsplätze (Teleworking) und der mobilen Arbeitsplätze sollen Unternehmer und Arbeitnehmer breit unterrichtet werden. Die Junge Union fordert hierzu eine breit angelegte Offensive für außerbetriebliche und mobile Arbeitsplätze ähnlich der Teilzeitoffensive des Bundesarbeitsministeriums. Unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums soll ein stärkerer Informationsaustausch zwischen den IHKs, den Unternehmensverbänden, den Gewerkschaften und den Verbänden der öffentlichen Hand stattfinden.
14. Maßnahmen zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt, wie die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen und Telearbeitsplätzen sowie sogenannten mobilen Arbeitsplätzen, fallen in erster Linie in den Aufgabenbereich der Tarifparteien. Der Staat soll aber auch durch seine Arbeitgeberfunktion im Öffentlichen Dienst fördernd wirken.

3. Verkehr der Zukunft 2020

3.1 Verkehrslandschaft Baden-Württemberg im Jahr 2020

Durch die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich die Arbeit wieder mehr dezentralisiert und ist den Menschen gefolgt. Gut ausgebaute, überall auch in der Fläche verfügbare Telekommunikationshochleistungsnetze machen Geschäftsreisen und weite Anfahrtswege in die Arbeitsstätten in weit geringerem Maße notwendig. Viele Menschen arbeiten mit flexiblen Arbeitszeiten hauptsächlich zu Hause an modernen Multimediacomputern. Während im Jahr 1995 noch jeder 4. Autokilometer für Berufszwecke zurückgelegt wurde, ist dieser Anteil im Jahr 2020 von weit geringerer Bedeutung. Die Mobilität in der Freizeit erhält dafür immer mehr Gewicht.

Die hoffnungslose Überlastung der A5, A6, A8 und A81 hat ein Ende. Parallel zur A8 und A5 verkehrt ein Auto-Reise-Transrapid. In Freiburg fährt man auf den Transrapid, der seitlich Boxen in Schubladenform für PKW ausfahren kann. In knapp 30 Minuten geht die Fahrt von Freiburg nach Karlsruhe. Zwischenstop ist der Regionalflughafen „Baden-Airport“ in Söllingen. In weiteren 20 Minuten geht es von Karlsruhe nach Stuttgart. Die Einfahrt in die Boxen nimmt keine 2 Minuten in Anspruch. Die Magnetschwebbahnen flitzen im 15 Minutentakt durch Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist über einen Ring von außen her erschlossen (Fahrtroute Ulm-Friedrichshafen-Lindau-Freiburg-Söllingen-Karlsruhe-Stuttgart-Ulm). Eine Querspange führt in die Ballungsräume Tübingen-Reutlingen und Heilbronn.

Vor den Städten liegen riesige, unterirdische Park & Ride-Plätze. Von dort aus kann zur Fahrt in die Stadt auf öffentliche Verkehrsmittel oder auf Elektro- bzw. Solarmobile umgestiegen werden. Diese können für beliebige Zeiträume mit Chipkarte gemietet werden. Mit dem PKW darf nur noch in die Stadt eingefahren werden, wenn sich das Fahrzeug auf reinen Elektroantrieb umstellen lässt oder eine Sondergenehmigung vorliegt. Neben den Elektromobilen fährt in den Städten lediglich der gewerbliche Verkehr für die An- und Ablieferungen. Die Versorgung der Geschäfte mit Waren geschieht über Güterverteilungszentren und speziellen Citylogistikfahrzeugen. Dafür hat jedes Geschäft eine Wareneingangs- und Ausgangsbox, in die diebstahlsicher geliefert und abgeholt werden kann. Die Güterverteilungszentren sind an die Verkehrsknotenpunkte angeschlossen und tauschen über LKW, Bahn und Schiff genormte Transportbehälter aus.

Die Elektromobile müssen bei der Ausfahrt aus der Stadt wieder abgestellt werden. Sie sind mit einem Chip programmiert, der sie außerhalb der Stadtgrenzen automatisch zum Erliegen bringt und somit vor Diebstahl schützt. Der Verkehr in den Innenstädten wird über intelligente Verkehrsleitsysteme - Telematik - gesteuert. Innerstädtische Staus und Verkehrsunfälle gehören damit weitgehend der Vergangenheit an. Der ÖNV verläuft unterirdisch. Kurzgetakte Stadtbahnen verbinden die Städte Baden-Württembergs mit den Umlandregionen.

Das Konzept Stuttgart 21 ist Realität geworden. Der Stuttgarter Hauptbahnhof ist unter die Erde verlagert worden und ermöglicht so eine durchgängige Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Stuttgart-München-Ulm. Der Flughafen Stuttgart ist ebenfalls an die Strecke angeschlossen.

Der Flugverkehr in Baden-Württemberg/Elsaß ist zu einem vernetzten System mit europäischer Dimension ausgebaut. Die Flugplätze Stuttgart-Söllingen-Straßburg werden von einer gemeinsamen Flughafen AG betrieben.

Reine Verbrennungsmotoren gehören der Vergangenheit an. Hybride Antriebskonstruktionen, die Verbrennungs- und Wasserstoff bzw. E-Motoren koppeln, ermöglichen geringe Emissionen bei hohen Wirkungsgraden. Wer weiterhin für Fahrten das Auto benutzt, bezahlt entsprechend seiner Fahrtstrecke. Die KFZ-Steuer gibt es nicht mehr, wohingegen alle Straßenbenutzer eine Gebühr für den gefahrenen Kilometer bezahlen. Die Straßenbenutzungsgebühr wird durch einen Chip im PKW direkt elektronisch über das Konto abgerechnet.

3.2 Politische Leitlinie

Baden-Württemberg muß zur „Verkehrslandschaft der Zukunft“ entwickelt werden. Das Verkehrsministerium wird zum „Ministerium für Mobilität und Verkehrstechnologie“ um- bzw. ausgebaut. Baden-Württemberg übernimmt in Verkehrfragen eine Pionierrolle in Deutschland und ganz Europa. Weltweit richten die Verkehrsexperten ihre Augen auf Baden-Württemberg.

3.3 Politische Strategien

1. Schaffung von „Verkehrsplattformen“, die den Städten vorgelagert sind. Verkehrsplattformen stellen die räumliche Zusammenfassung unterschiedlicher Verkehrstechnologien dar. Sie bestehen aus unterirdischen Park & Ride-Plätzen mit angeschlossener ÖNV-Halte- bzw. Drehscheiben, E-Mobil-Verleihzentrum, E/H-Tankstellen, Bahn- und Transrapidhaltestellen.
2. Förderung des Ausbaus der „Stadtbahnkonzepte“ als wirksame verkehrstechnische Verknüpfung von Städten und Umlandgemeinden.
3. Entwicklung eines Auto-Reise-Transrapids und Bau einer Strecke entlang der Autobahn A5, A6 und A8.
4. Zusammenfassung der Flugplatzpotentiale in der Region Baden-Württemberg-Elsaß und Gründung einer gemeinsamen Flughafen AG aus Stuttgart-Söllingen-Straßburg, deren Anteile mehrheitlich in Händen elsässischer bzw. baden-württembergischer Unternehmer und von Privatleuten liegt, mit anfänglicher Mehrheitsbeteiligung durch das Land.
5. Ausbau der Forschung und Umsetzung der Telematik.
6. Druck auf Automobilhersteller zur Umstellung auf alternative Antriebsarten bzw. hybride Motortechniken. Ein Etappenschritt muß dabei das 3-Liter-Auto sein.
7. Schaffung von den Stadtkernen vorgelagerten, vernetzten Güterverteilungszentren, um den Lieferverkehr innerstädtisch und von Stadt zu Stadt effizienter zu gestalten.
8. Neben Stuttgart 21 sollen weitere baden-württembergische Städte zu verkehrstechnischen Modellstädten ausgebaut werden. Wir brauchen ebenso Mannheim 21, Karlsruhe 21, Freiburg 21 oder Ulm 21 etc. Das Modell 21 beinhaltet nicht nur wie in Stuttgart den unterirdischen Bahnhof, sondern soll als integriertes Verkehrssystem für den Ballungsraum verstanden werden, wozu auch Verkehrsplattformen und ÖPNV gehören.
9. Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, um die Einführung des „Roadpricing“ bei gleichzeitiger Abschaffung der KFZ-Steuer zu realisieren. Die weltweit bahnbrechenden Pilotversuche für das Roadpricing sollen in Baden-Württemberg stattfinden.

4. Europa der Zukunft 2020

4.1 Baden-Württemberg im Herzen eines subsidiären Europas

Die Europäische Union (EU) hat sich auf den Grundlagen des Maastrichter Vertrages konsequent zu einem geeinten Europäischen Staat weiterentwickelt, in dem nun alle Staaten Europas integriert sind. Europa erstreckt sich von der Algarve bis zur polnischen Ostgrenze, einschließlich des Baltikums. Rußland ist durch ein Assoziierungsabkommen fest an die EU gebunden. Die vielen Einzelverträge der Europäischen Gemeinschaften sind von einer identitätsstiftenden europäischen Unionsverfassung abgelöst worden. Der ECU konnte durch die strengen Konvergenzkriterien nur schrittweise eingeführt werden, ist schließlich doch das einzige offizielle Zahlungsmittel in der EU.

Das Europäische Parlament (EP) ist zum Organ der Legislative avanciert. Das EP wählt eine starke Exekutive, namentlich die aus der EU-Kommission herausgebildete Europäische Regierung. Durch eine klare Zuständigkeitsverteilung sind der Union die Aufgaben in den Bereichen der Außen-, Sicherheits-, Umwelt-, Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungshilfepolitik in konkurrierender Gesetzgebung zugeteilt. Die nationalen Armeen unterstehen dem Oberbefehl der Union, integriert in das Konzept der NATO. Die WEU ist in die EU integriert. Die EU finanziert sich nicht mehr aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten, sondern aus Steuern, deren Aufkommen bisher den Nationalstaaten zustanden und von diesen auf die EU übertragen wurden.

Die Abgeordneten des EP werden in Wahlkreisen, die partiell die nationalstaatlichen Grenzen überschreiten und nach der Einwohnerzahl etwa gleich groß sind, direkt gewählt. Die Änderung des Wahlsystems hat die europäische Parteienlandschaft völlig verändert, da es die nationalen Parteien dazu veranlaßt hat, grenzüberschreitende Wahlbündnisse zu schließen, aus denen dann gesamteuropäische Parteien entstanden sind.

Die Abgabe von Kompetenzen auf die europäische Ebene hat eine Stärkung der Regionen als politische Einheit zur Folge und zu einer Emanzipation gegenüber den Nationalstaaten geführt. Der Ausschuß der Regionen hat sich zum einem „Unionsrat“ weiterentwickelt, durch ihn ist der Subsidiaritätsgedanke und das föderative Prinzip in der EU verankert. Er setzt sich aus Vertretern der jeweiligen Regierungen der Regionen zusammen. Bei Gesetzen des EP, die die Regionen tangieren, muß der Unionsrat zustimmen. Desweiteren hat er ein Klagerecht bei Verletzung seiner Befugnisse und das Recht zur Gesetzesinitiative gemeinsam mit dem Parlament.

Baden-Württemberg ist durch seine Grenzlage und die intensiven kulturellen sowie wirtschaftlichen Verflechtungen voll in die europäische Politik eingebunden. Es ist ein Netz von regionalen Partnerschaften, besonders mit Regionen Osteuropas, entstanden, das weit über die traditionellen mit Rhone-Alpes, Katalonien, der Lombardei oder Wales hinausgeht.

Die Landesregierung errichtet in den Partnerregionen „baden-württembergische Häuser“, die als Informationsbüros Anlaufstellen für die Öffentlichkeit, die Wirtschaft und Verbände sind. Sie fördern den interkulturellen Austausch und erleichtern die Herstellung sowie die Pflege der Kontakte für die heimische Wirtschaft und der Touristik.

In regelmäßigen Abständen findet ein „Tag der Regionen“ statt, bei dem Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags und Vertreter von Umwelt- und Wirtschaftsverbänden mit Abgesandten der entsprechenden Gremien der anderen Regionen tagen. Zusätzlich ist ein kulturelles Begleitprogramm angeboten, bei dem sich die Regionen vorstellen.

Nationalstaatliche Politik, die an den Grenzen halt macht, gehört der Vergangenheit an. Im Bodenseeraum oder z.B. am Oberrhein wird eine grenzüberwindende Regionalpolitik betrieben, die praxisorientiert und realitätsnahe ist. Hierzu gehören infrastrukturelle Gesamtkonzepte wie ein überregional organisierter ÖPNV-Verbund, abgestimmte Müll- und Wertstoffkonzepte sowie gemeinsame Umweltschutzprogramme oder die grenzübergreifende Ausweisung von Technologie-

und Gewerbeparks. Aus der Oberrheinkonferenz ist eine echte parlamentarische Vertretung (Oberrheinrat) geworden, die die bisherige Ländergrenzen marginalisiert.

Daß die Mehrsprachigkeit eine Grundvoraussetzung ist, um am europäischen Leben teilzunehmen, ist von der baden-württembergischen Politik frühzeitig erkannt und gefördert worden. Im Kindergarten findet der erste Kontakt in spielerischer Art mit Fremdsprachen statt. In den Grundschulen ist das Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ breit angelegt und obligatorisch für die Schüler. Die weiterführenden Schulen bieten nach dem Vorbild der „Europäischen Schule“ durchschnittlich 5 Fremdsprachen an. Sachfächer wie Geschichte, Erdkunde, Politik oder die musischen Fächer werden von „Native Speakers“ in ihrer Heimatsprache unterrichtet. Es existiert ein großes Angebot an Austauschprogrammen und die Projektstage werden grundsätzlich in Kooperation mit den Schulen aus den Partnerregionen durchgeführt.

Die Vernetzung zwischen baden-württembergischen Universitäten mit denen aus anderen Regionen ist perfekt, und es hat sich eine europäisch geprägte Hochschul- und Forschungslandschaft im Land etabliert. Während des Studiums sind Aufenthalte an ausländischen Universitäten integraler Bestandteil. Die Kooperation von Instituten, gemeinsame Forschungsaufträge sowie die Anerkennung von Prüfungs- und Seminarleistungen sind europäische Hochschulrealität.

4.2 Politische Leitlinie

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Durch die geographische Lage und dem menschlichen Potential in einem Umfeld bester Lebensqualität ergeben sich vielfältige Chancen. Baden-Württemberg muß ein Motor im europäischen Integrationsprozeß werden. Unsere Zukunft ist am besten in einem freien, subsidiär organisierten Bundesstaat Europa gesichert, in dem die Menschen ihre eigene kulturelle Identität wahren können.

4.3 Politische Strategien

1. Die Einführung einer transparenten und zugänglichen Europäischen Verfassung, die integrative und identitätsstiftende Wirkung hat. An ihrer Spitze steht ein Grund- und Menschenrechtskatalog.
2. Die EU benötigt als Gleichgewicht zum Europäischen Parlament und zur Europäischen Kommission die Einführung einer zweiten Kammer im Institutionengefüge, um eine starke Vertretung der europäischen Regionen zu gewährleisten, den „Unionsrat“.
3. Die Ablösung der überholten Beitragsfinanzierung der Mitgliedsländer durch die Übertragung bestehender nationaler Steuern auf die EU.
4. Gründung gesamteuropäischer Parteien. Die CDU muß zum Motor bei der Schaffung einer bürgerlich-konservativen Europapartei werden.
5. Die Nationalstaaten behalten den Oberbefehl über die eigenen Armeen zum Katastrophen- bzw. Umweltschutz u.ä. Aufgaben. Die WEU muß in die EU integriert werden, wie die Deutsch-Französische Brigade müssen zu einer eigenständigen Europäischen Armee ausgebaut werden, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik effektiv gewährleisten zu können.
6. Einrichtung „baden-württembergischer Häuser“ in Partnerregionen als Informationsbüro und Anlaufstelle.
7. In Baden-Württemberg muß eine europäisch geprägte Hochschul- und Forschungslandschaft entstehen.

8. Die Landesregierung muß die Fremdsprachenausbildung stark forcieren, damit eine echte Mehrsprachigkeit der Menschen im Land erreicht wird. Fremdsprachen sollten landesweit in den Grundschulen eingeführt werden.
9. Weiterentwicklung der Oberrheinkonferenz zum Oberrheinrat als parlamentarische Vertretung sowie der Bodenseekonferenz zum Bodenseerat.
10. Studiennachweise müssen innerhalb der EU angerechnet werden.
11. Das bisherige Einstimmigkeitsprinzip im europäischen Rat wird durch das Mehrstimmigkeitsprinzip ersetzt.

5. Politik der Zukunft in Partei und Gesellschaft 2020

5.1 Baden-Württemberg in einer veränderten demokratischen Welt

Der Bundesstaat Europa ist Realität. Bundespolitik hat nachhaltig an Bedeutung verloren. Die nicht auf die EU übertragenen Kompetenzen sind weitgehend an die Länder übertragen worden. Die Menschen haben Interesse an der europäischen Regierung und dem zur Legislative gewordenen Europäischen Parlament, sie orientieren sich aber auch sehr stark an der Landespolitik, weil sie auf regionaler Ebene ein Zuhause suchen.

Die Europäer haben sich zur Informationsgesellschaft entwickelt. Der Datenhighway hält jeden Bürger rund um die Uhr auf dem laufenden. Es können ständig Daten übermittelt werden und der Bürger hat darüber hinaus die Gelegenheit zur aktiven Teilnahme an der Politik. Die Kommunikation mit den Regierungs- und Parteizentralen stehen jedem Bürger via Bildschirm offen. Elemente direkter Demokratie sind dadurch möglich. Volksbefragungen in einem festen Bildschirmfenster gehören zum gewohnten Bild der demokratischen Mitwirkung.

Die Kommunikation mit dem Bildschirm wird so gestaltet, daß sie für jedermann verständlich und mitwirkbar wird. Dadurch wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in Informierten und Nichtinformierten und damit eine eventuelle Hinwendung von denen, die sich als Verlierer empfinden, zu radikalen Parteien und Gruppierungen verhindert.

Die moderne europäische Volkspartei ist eine Mitgliederpartei, die interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch projektbezogene Möglichkeiten der Mitarbeit eröffnet. Sie hat den Wandel von der Funktionärspartei zur mitgliederorientierten Basispartei vollzogen. Die wesentlichen Sachthemen, die über die grundlegende Ausrichtung der Partei mitentscheiden, werden nicht nur in internen Gremien oder auf Delegiertenkonferenzen getroffen, sondern legitimieren sich durch eine Rückkoppelung bei der Mitgliederbasis. Die Auswahl der Mandatsträger, die Landes- und Bundesvorsitzenden sowie die Spitzenkandidaten für Volkswahlen werden durch Urwahl ermittelt.

Die Diskussion um Quoten gehören der Vergangenheit an. Es hat sich ein geistiger Wandel hin zu einem Miteinander der Geschlechter vollzogen. Die AsF und FU gibt es nicht mehr, sondern Frauen und Männer wirken paritätisch in Entscheidungsgremien der Partei.

Durch eine Amtszeitbegrenzung und die Trennung von Regierungsamt und Mandat sowie die Kappung von Ämterhäufungen hat sich die Parteienlandschaft personell dynamisiert.

Die Volkspartei wird überleben. Kleine Interessenparteien (Die Grauen, Die Jungen, Autofahrerpartei, Mittelstandspartei etc.) bleiben von geringerer temporärer Bedeutung.

Die Alterspyramide hat sich zu einer Urne verformt. Das durchschnittliche Alter bei den Deutschen liegt bei ungefähr 50 Jahren. Die Vergreisung hat sich insbesondere bei der CDU bemerkbar gemacht - hier liegt das Durchschnittsalter bei 65 Jahren. Die SU wird zu einem bedeutenden Machtfaktor in der Union.

5.2 Politische Leitlinie

Die Union muß sich von der Funktionärspartei zur Mitgliederpartei entwickeln. Sie übernimmt eine Vorreiterrolle beim Einsatz moderner Kommunikationstechnologien, um dieses Ziel zu erreichen. Als christliche Volkspartei bleibt sie ihren Werten treu und steuert als dynamischer Motor der gesellschaftlichen Entwicklung gefährlichen Tendenzen des Wertewandels entgegen. Durch einen stetigen und systematischen Wandel in ihren Führungsstrukturen wird sie vor allem für jüngere Menschen interessant.

5.3 Politische Strategien

1. Den absehbaren Veränderungen in Staat und Gesellschaft ist in der CDU Rechnung zu tragen. Die Junge Union fordert die Einsetzung einer Zukunftskommission. Dieses ständige Gremium, das einer Strategieabteilung eines Konzerns vergleichbar ist, hat die Aufgabe, Anforderungsprofile zu entwickeln, die sich an seriösen Daten und Prognosen der jeweils kommenden 10 Jahre orientieren, um die Union zu einer modernen Volkspartei umzubauen.
2. Die Errungenschaften des Informationszeitalters sind in vollem Maße zu nutzen. Eine Vernetzung aller Parteimitglieder ist anzustreben. Es muß gewährleistet sein, daß die Mitglieder ständig auf alle Themenfelder via Bildschirm Zugriff haben. In maßvollen Zeitabständen müssen die Mitglieder die Möglichkeit haben, über aktuelle Themen abzustimmen. Eine Ideenbörse soll jedes Mitglied dazu anregen, eigene Vorstellungen in die Partei einzubringen. Diese können Tag und Nacht einem elektronischen Briefkasten übermittelt werden.
Die Junge Union wird daher mit Hochdruck an der Vernetzung aller JU'ler arbeiten, um einen schnellen und verbesserten Informationsfluß sicherzustellen. Der Landesverband wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband versuchen, möglichst bald ein flächendeckendes Netz zu schaffen, und wird auch mit Angeboten in diesem Netz präsent sein.
3. Mit der Individualisierung der Menschen werden sich die herkömmlichen Bindungen zu einer bestimmten Partei immer mehr auflösen. Es werden immer weniger Bürger bereit sein, in eine Partei einzutreten. Andererseits wird das Interesse an einzelnen Politikfeldern zunehmen. Deshalb muß die CDU ihre Gremien für Nichtmitglieder öffnen. Projektorientiert sollen Experten und Interessierte, die nicht Parteimitglieder sind, stärker als in den 90er Jahren zur Mitarbeit aufgerufen werden.
4. Herkömmliche Parteiveranstaltungen müssen mehr und mehr von zielgruppenorientierten Hearings abgelöst werden. Diese müssen entweder von Experten der Partei besetzt werden oder in erster Linie der Informationsgewinnung dienen.
5. Der Datenhighway ist für eine lebendige Demokratie zu nutzen. Dies darf aber nicht zur gänzlichen Abschaffung der repräsentativen Demokratie durch die Einführung weitreichender „elektronischer“ Plebiszite führen, denn der Datenhighway öffnet auch Tür und Tor für mögliche Manipulationen. Die öffentliche Verwaltung muß sich aber viel mehr als Dienstleistungsbetrieb verstehen und die Information des Bürgers als Bringschuld begreifen.
6. Den wachsenden Ansprüchen seitens der Bevölkerung und der stetigen Steigerung der Effizienz in der Wirtschaft muß die Politik durch eine Reform der Ministerien gerecht werden. Diese müssen verstärkt dem Management in der Wirtschaft angeglichen werden. Konsequenterweise sollen Mandat und Regierungsamt getrennt werden. Dies hätte gleichzeitig eine Aufwertung des Parlaments und dessen Besinnung auf eigentliche Aufgaben zur Folge.
7. Politik muß dem Grundsatz „Berufung auf Zeit“ verschrieben werden. Parteiämter sind deswegen auf die Höchstdauer von 10 Jahren zu begrenzen. Dieser Grundgedanke gilt auch für die JU mit der Maßgabe, daß hier Ämter auf 5 Jahre begrenzt werden.
8. Schwindende Bindung zu Parteien machen Wahlen immer unkalkulierbarer. Um stabile Verhältnisse zu erhalten und politische Entscheidungen zu beschleunigen, spricht sich die Junge Union für die Einführung des „Grabenwahlsystems“ aus. Dabei werden die mit der Erststimme errungenen Mandate nicht mit den aufgrund der Zweitstimme auf eine Partei entfallenden Mandate verrechnet. Unser heutiges personalisiertes Verhältniswahlrecht wird

damit für die Erststimme zum reinen Mehrheitswahlrecht und für die Zweitstimme zum reinen Verhältniswahlrecht („Graben“ zwischen Erst- und Zweitstimme).

9. Für die Wahlen zum EP sind Direktwahlkreise einzuführen. Die Medienberichterstattung über Sitzungen des EP muß verstärkt werden.